

Nr. 14/01

Niederschrift

**über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Oldenburg
am Montag, 29.10.2001, im PFL**

Anwesend:

vom Rat:

Bürgermeister Nehring	Ratsfrau Königer
Bürgermeisterin Neidhardt	Ratsherr Krummacker
Ratsherr Adler	Ratsherr Kühnrich
Ratsherr Albayrak	Ratsherr Liebscher
Ratsfrau Alisch	Ratsherr Lück
Ratsfrau Bockmann	Ratsherr Lüpkes
Ratsherr Brandt	Ratsfrau Multhaupt
Ratsfrau Burdiek	Ratsherr Munderloh
Ratsherr Danne	Ratsherr Dr. Niewerth
Ratsherr Daum	Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann
Ratsherr Degener	Ratsherr Norrenbrock
Ratsherr Drieling	Ratsherr Reck
Ratsherr Dr. Effenberger	Ratsfrau Rohde-Breitkopf
Ratsfrau Eilers-Dörfler	Ratsherr Rosenkranz
Ratsfrau Flemming-Schneider	Ratsfrau Scheibert
Ratsherr Götting	Ratsherr Schubert
Ratsherr Hahn	Ratsherr Schwartz
Ratsfrau Hartmann	Ratsherr Siek
Ratsherr Heinz	Ratsfrau Stolze
Ratsherr Hochmann	Ratsherr Stratmann
Ratsherr Hoppe	Ratsfrau Telle-Koch
Ratsherr Kaps	Ratsherr Dr. Westholm
Ratsherr Klarmann	Ratsherr Zabel
Ratsherr Dr. Knake	Ratsherr Zietlow

von der Verwaltung:

Stadträtin Opphard	Ltd. Städt. Direktorin von Danckelman
Stadträtin Niggemann	Städt. Oberrat Sprung
Ltd. Baudirektor Kühl	Pressesprecher Krogmann
	Stadtamtmann Szymanski als Protokollführer

Entschuldigt fehlen:

vom Rat:

Oberbürgermeister Dr. Poeschel
Ratsfrau Ahlers
Ratsherr Claußen

Beginn der Sitzung: 18.25 Uhr

Ende der Sitzung: 18.53 Uhr

Hinweis:

Mit Ausnahme der **beigefügten Anlagen 18 und 25** wurden die Vorlagen bereits zur Sitzung übersandt.

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Nehring eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung der Tagesordnung

(Anlagen 1 und 25)

Ratsvorsitzender Nehring weist auf den vorliegenden Dringlichkeitsantrag der OLLi/PDS-Fraktion und das Verfahren nach § 11 der Geschäftsordnung hin.

Ratsherr Kühnrich erläutert, dass es sich um ca. 14 - 18 Familien handle, die bei einem Verkauf der Gebäude eventuell umziehen müssten. Durch die jetzt vorliegenden Informationen der Verwaltung aus nichtöffentlicher Sitzung ergebe sich diese Problematik nur noch für 8 Familien, von denen zwei Familien u. U. bereit seien, die städtische Immobilie zu kaufen. Durch die nun vorliegenden Informationen werde der Dringlichkeitsantrag dahingehend geändert, dass beantragt werde, die Häuser, die z. Z. - wegen fehlender finanzieller Mittel der Klävemann-Stiftung - von dieser nicht gekauft werden könnten, zu einem späteren Zeitpunkt erst der Stiftung angeboten werden, bevor sie "dem freien Markt" angeboten würden (**Anlage 25**).

Ratsherr Klarmann spricht sich gegen den gestellten Dringlichkeitsantrag aus, da keine Dringlichkeit erkannt werde. Die Fraktion OLLi/PDS hätte sich auch durch eine Anfrage bei der Verwaltung über den Sachstand informieren lassen können. Es sei kein "Druck" der Verwaltung auf die Mieter erkennbar, der eine Dringlichkeit begründen könne. Die Verwaltung setze einen Ratsbeschluss um, wonach städtische Liegenschaften verkauft werden sollten. Er beantragt daher die Verweisung in den zuständigen Fachausschuss, in dem die Verwaltung über den Stand der Verkäufe berichten soll.

Ratsherr Dr. Knake stimmt der Dringlichkeit zu, damit die Angelegenheit heute behandelt werden könne. Er weist jedoch darauf hin, dass seine Fraktion die Verweisung in den Fachausschuss beantragen werde. Zur Begründung führt er aus, dass die Bewohner in Neuenwege verunsichert seien. Die SPD-Fraktion stehe natürlich hinter dem Ratsbeschluss, nicht mehr benötigte Immobilien der Stadt zu verkaufen. Diese Verkäufe dürften aber nicht dazu führen, die Interessen der Mieter nachhaltig zu beeinträchtigen. Die Stadt müsse sich also Gedanken machen, wie die Verkäufe sozialverträglich abgewickelt werden könnten. Da die Klävemann-Stiftung derzeit nicht in der Lage sei, diese Immobilien zu erwerben, sollten Überlegungen angestellt werden, ob die Objekte, die von den Mietern nicht erworben werden, der Wohnungsbaugesellschaft, an der die Stadt mit über einem Drittel beteiligt sei, angeboten werden könnten.

Es sei im Finanzausschuss - wie immer auch die Bezeichnung in der neuen Ratsperiode lauten werde - zu beraten, ob die Objekte der Klävermann-Stiftung angeboten, oder nicht besser an die GSG verkauft werden sollten.

Ratsherr Zabel schließt sich weitestgehend den Ausführungen an und sieht die Dringlichkeit grundsätzlich gegeben. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei immer dafür eingetreten, solche Angelegenheiten sozialverträglich zu regeln. Daher sei der Verweis in den zuständigen Fachausschuss richtig und werde unterstützt.

Ratsvorsitzender Nehring lässt über die Dringlichkeit des Antrages in der geänderten Fassung abstimmen:

Die Dringlichkeit wird einstimmig festgestellt.

Ratsvorsitzender Nehring stellt fest, dass dieser Antrag unter TOP 7.1 der Tagesordnung behandelt werde.

Die Tagesordnung wird mit dieser Ergänzung vom Rat einstimmig genehmigt.

3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 12/01 vom 28.08.2001

Ratsherr Adler äußert, dass in der vorliegenden Niederschrift, Seite 13, letzter Absatz, seine Aussage nicht richtig wieder gegeben sei. Er habe nicht darauf hingewiesen, dass **Nur**, sondern dass **Nicht einmal** "zwei Bieter seien bereit, das wirtschaftliche Risiko einzugehen". Er beantragt daher die Änderung der Niederschrift.

Die Niederschrift Nr. 12/01 vom 28.08.2001 wird vom Rat mit dieser Änderung einstimmig genehmigt.

4. Mitteilungen des Oberbürgermeisters

(Anlagen 2 bis 13)

Berichte über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Die zu 4.1 bis 4.12 übersandten Vorlagen werden vom Rat ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

5. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

6. Beschlussvorschläge des Verwaltungsausschusses und der Fachausschüsse

6.1 Verwaltungsausschuss vom 29.10.2001

(Anlagen 14 bis 21)

Der Rat fasst folgende Beschlüsse:

- 6.1.1 Überplanmäßige Bewilligung von Ausgaben in Höhe von 3.380.000 DM für Sozialhilfeleistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz
(Anlage 14)

- einstimmig -

6.1.2 Überplanmäßige Bewilligung von Ausgaben in Höhe von 5.567.200 DM für Ausgaben im Jugendhilfebereich
(Anlage 15)

- einstimmig -

6.1.3 1. Nachtragshaushaltssatzung 2001, 1. Nachtragshaushaltsplan 2001 und Haushalte der selbständigen Stiftungen
(Anlage 16, 17 und 18)

Ratsvorsitzender Nehring verweist auf die verteilte Tischvorlage (Anlage 18).

Ratsherr Adler führt aus, dass die vorliegenden Zahlen das dramatische Bild der städtischen Finanzen weiter verschlimmert. Ursächlich sei dafür - zumindest in den meisten Fällen - nicht ein Verschulden der Stadt. Diese Situation erlebten viele andere Städte und Gemeinden. Per 30. Juni 2001 seien die kommunalen Defizite in der Bundesrepublik Deutschland auf rund 5,4 Mrd. DM angewachsen. Sieresultierten aus der Steuerpolitik der Bundesregierung, die dazu geführt habe, dass es zu deutlichen Mindereinnahmen, besonders bei der Gewerbesteuer, gekommen sei. Es sei befremdlich, dass die Bundesregierung auf der einen Seite bundesweit das beschlossene Steuer-senkungsgesetz lobte und sich von denen, die davon profitierten beklatschen lasse, und auf der anderen Seite die Kommunen, die diese "Suppe" auszulöffeln hätten, im Regen stehen lasse, da es keine solide Gegenfinanzierung für dieses finanzielle Desaster gebe.

Die kommunalen Ausgaben seien im ersten Halbjahr um 1,6 Mrd. DM als Folge der wachsenden Zahl von Langzeitarbeitslosen gestiegen. Die vorliegenden Zahlen zur überplanmäßigen Ausgabe von Sozialhilfeleistungen bestätigten dies. Er halte daher die von der PDS-Fraktion im Bundestag gestellte Forderung, die zusätzlichen Einnahmen aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen als Investitionspauschale den Kommunen zumindest teilweise zur Verfügung zu stellen, für richtig und begründet. Dem vorliegenden Nachtrag sei ja zu entnehmen, dass die Ausgaben im Vermögenshaushalt gestreckt und zurück gefahren würden. Dieses sei konjunkturpolitisch der falsche Weg und genau das Gegenteil von dem, was die Kommunen machen müssten.

Der Verwaltungsvorlage sei weiter zu entnehmen, dass die prognostizierten Erlöse aus Grundstücksverkäufen nicht realisiert werden könnten. Er habe bereits Anfang des Jahres darauf hingewiesen. Das schlimme sei jedoch, dass SPD, Grüne sowie CDU gleichlautend beantragt hätten, bei den Grundstücksverkäufen noch 5 Mio. DM "drauf zu satteln" und den Verkauf des "Tafelsilbers" zu erhöhen. Dies sei, obwohl Herr Kühl vom Tiefbauamt gewarnt habe, weil es unwahrscheinlich sei, dass in diesem Umfange städti-

sche Grundstücke im Haushaltsjahr 2001 überhaupt verkauft werden könnten.

Es sei, schlimmer noch als er es schon Anfang des Jahres mitgeteilt habe, ein Defizit nicht nur von 5, sondern von 10 Mio. DM entstanden. Die Warnung der Verwaltung und des Vorsitzenden der OLLi/PDS-Fraktion sei damals in den Wind geschlagen worden, wahrscheinlich wider besseren Wissens.

Darüber hinaus weist er darauf hin, dass es nicht richtig sein könne, dass auf Seite 31 der Vorlage zur Position Stadion Marschweg der ursprüngliche Ansatz für Benutzungsentgelte in Höhe von 61.000 DM reduziert worden sei auf nunmehr 5.000 DM. Dem entnehme er, dass der VfB Oldenburg, trotz eines vollen Stadions, die ursprünglich vorgesehene Miete nicht zahle, obwohl er dies könne.

Aus den vorstehenden Gründen heraus werde die Fraktion dem Nachtrag nicht zustimmen.

Ratsvorsitzender Nehring lässt über den Verwaltungsentwurf des in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 29.10.2001 empfohlenen Beschlussvorschlages in der Fassung der vorliegenden Tischvorlage abstimmen:

- mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen -

6.1.4 Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) über die Höhe der Gebühren für die Benutzung der Straßenreinigung und Abfallentsorgung für das Haushaltsjahr 2002

(Anlage 19)

- einstimmig -

6.1.5 Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für die Zaunkönigstraße

(Anlage 20)

- einstimmig -

6.1.6 Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für die Straße Am Sande (Planstraßen A und C)

(Anlage 21)

- einstimmig -

6.1.7 Drogenhilfeplan

(Anlage 22)

- einstimmig -

6.1.8 Satzung über den Ablösebetrag für nicht herzustellende Kraftfahrzeug-Einstellplätze (Ablösesatzung), Euroumstellung

(Anlage 23)

- einstimmig -

6.2 Werksausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb vom 24.09.2001

(Anlage 24)

6.2.1 Änderung der Straßenreinigungsverordnung; Straßenverzeichnis

Ratsherr Dr. Knake beantragt Vertagung.

Ratsherr Reck dankt der SPD-Fraktion dafür und schließt sich dem Antrag an.

Der Rat beschließt, die Angelegenheit zu vertagen.

- mehrheitlich bei neun Gegenstimmen -

7. Anträge der Fraktionen und Ratsmitglieder

7.1 Verkaufsangebot der städtischen Wohnimmobilien Bittersweg und Butenweg an die Klävemann-Stiftung (OLLi/PDS-Fraktion)

(Anlage 1, 25)

Ratsherr Kühnrich führt aus, dass die Stadt Oldenburg Immobilien verkaufe, darunter auch solche, die für Wohnzwecke genutzt würden. Er stellt fest, dass die anderen im Rat vertretenen Parteien sich recht wenig um die Belange der Mieter kümmern. Dieses zeige sich u. a. darin, dass die Verwaltung ermächtigt worden sei, Verkäufe bis zu 200.000 DM eigenständig zu tätigen. Diese Erhöhung der Wertgrenze habe zur Folge gehabt, dass die Verkäufe durch die politischen Vertreter nicht mehr zu kontrollieren seien. Er merkt an, dass er auf einige dubiose Verkäufe hingewiesen habe, was letztlich zu neuen Überlegungen bei der Verwaltung geführt habe.

Ratsherr Dr. Knake beantragt die Verweisung in den zuständigen Fachausschuss.

Der Rat beschließt die Verweisung der Angelegenheit in den zuständigen Fachausschuss.

- einstimmig -

Nehring
Ratsvorsitzender

Niggemann
Stadträtin

Szymanski
Protokollführer